

Saarland

Landtag beschließt Untersuchungsausschuss zu Fall Yeboah

1991 starb bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Saarlouis ein Mensch. Der Anschlag und weitere Straftaten sollen nun erneut untersucht werden.

21. Juni 2023, 12:17 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, AFP, dpa, [lie](#) / [2 Kommentare](#) /



Mordprozess in Koblenz gegen einen Angeklagten, dem vorgeworfen wird, 1991 einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberwohnheim in Saarlouis verübt zu haben. © Thomas Frey/dpa

Mehr als 31 Jahre nach dem tödlichen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft im saarländischen Saarlouis hat der Landtag einstimmig die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen. Der Antrag der Fraktionen der allein regierenden SPD und der oppositionellen CDU erhielt Stimmen aus allen drei Landtagsfraktionen. Auch die AfD stimmte zu, lehnte die Sitzaufteilung aber ab, weil sie darin kein ordentliches Mitglied ist.

Das Mitglieder umfassende Gremium soll sich mit dem Umgang der saarländischen Behörden mit dem Anschlag und weiteren ausländerfeindlichen Straftaten zu Beginn der Neunzigerjahre im Saarland beschäftigen. Es soll Fehler und mögliches Unterlassen aufklären sowie

Handlungsempfehlungen geben.

In den vergangenen Jahrzehnten sei nicht richtig hingeschaut oder gar weggeschaut worden, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Kira Braun. "Das Schweigen hat nun ein Ende." Das Land habe damals versagt. Der Landtag wolle nun aus den Fehlern der Vergangenheit lernen.

Seit November muss sich der Rechtsextremist Peter S. wegen des Anschlags vom 19. September 1991 vor dem zuständigen Oberlandesgericht im rheinland-pfälzischen Koblenz wegen Mordes und versuchten Mordes in 20 Fällen verantworten [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-08/saarlouis-asylbewerberheim-brandanschlag-1991-anklage>]. Durch das Feuer starb der 27-jährige Samuel Yeboah an Verbrennungen und einer Rauchvergiftung. Zwei weitere Bewohner brachen sich beim Sprung aus dem Fenster Knochen. 18 weitere konnten sich unverletzt ins Freie retten.

Weiterer Verdächtiger festgenommen

Nach dem Anschlag blieben die Ermittlungen zunächst ohne Erfolg und wurden eingestellt. Der Fall galt als eines der bekanntesten ungelösten extremistischen Tötungsdelikte Deutschlands. Erst vor gut zwei Jahren wurden die Ermittlungen wieder aufgenommen.

Anfang Juni hatte die Polizei einen weiteren Tatverdächtigen festgenommen [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-06/brandanschlag-saarlouis-1991-asylbewerberheim-festnahme-verdaechtiger>]. Dem 54-jährigen Deutschen würden Beihilfe zum Mord und Beihilfe zum versuchten Mord in 20 Fällen vorgeworfen, teilte die Bundesanwaltschaft [<https://www.zeit.de/thema/bundesanwaltschaft>] in Karlsruhe mit.

In dem Antrag von SPD und CDU heißt es, die mittlerweile bekannt gewordenen Defizite der früheren Ermittlungen machten "eine Untersuchung der Vorgänge innerhalb der saarländischen Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden notwendig". Der Ausschuss solle "Fehler im Handeln und mögliches Unterlassen der saarländischen Landesregierungen und ihrer nachgeordneten Behörden" aufklären. Dadurch erhoffe man sich Hinweise auf "einen möglichen Veränderungsbedarf" der Strukturen der saarländischen Sicherheits- und Justizbehörden.

Die saarländische Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) hat Mitte Juni ihr "tiefes Bedauern über die gemachten Fehler" im Umgang mit dem Tod von Samuel Yeboah bekundet und sich für "Fehler der damaligen Zeit" entschuldigt. Zugleich kündigte sie einen Entschädigungsfonds für Opfer rassistischer Gewalt an.